

ANLAGE

Vorblatt zum Frühwarndokument

Vorhaben	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (2014 -2020)
KOM-Nr.	KOM(2011) 608 endg.
BR-Drucksache	599/11
Federführendes Ressort/ Aktenzeichen	
Zielsetzung	<p>Zeitgleiche harmonisierte Einführung einer Finanztransaktionssteuer in allen Mitgliedstaaten in der EU.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Es soll einer Zersplitterung des Binnenmarktes für Finanzdienstleistungen vorgebeugt werden. • Finanzinstitute sollen angemessen an den Kosten der jüngsten Krise beteiligt werden. • Es sollen Anreizwirkungen, die der Effizienz der Finanzmärkte nicht förderliche Transaktionen unterbinden, geschaffen und damit regulatorische Maßnahmen zur Vermeidung künftiger Krisen ergänzt werden.
Wesentlicher Inhalt	<p>Ziel des Vorschlags ist die Fortführung und Ausdehnung des bestehenden Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) in der nächsten Förderperiode ab 2014. Der EGF ist ein Instrument zur Unterstützung von Arbeitnehmern, die aufgrund weitreichender Strukturveränderungen im Welt-handelsgefüge aufgrund der Globalisierung arbeitslos geworden sind, wenn diese Entlassungen eine beträchtliche negative Auswirkung auf die regionale oder lokale Wirtschaftsentwicklung haben.</p> <p>Der Vorschlag enthält im Kern eine Fortführung des EGF in der nächsten Finanzplanungsperiode 2014-2020 außerhalb des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR). Durch die Einbeziehung des Agrarsektors (u.a. Auswirkungen von Handelsabkommen) wird der EGF deutlich erweitert.</p> <p>Deutschland hatte sich vergeblich um eine Ablehnung der Einführung des EGF 2006 und dessen Ausweitung 2009 bemüht. Auch der KOM-Vorschlag in seiner gegenwärtigen Form wird von der Bundesregierung abgelehnt. Durch die weitreichenden Ausweitungen würde der EGF in seiner politischen Stoßrichtung grundlegend verändert. Zudem besteht Einigkeit innerhalb der Bundesregierung, keine Instrumente außerhalb des Mehrjähri-</p>

	<p>gen Finanzrahmens anzusiedeln. Eine Fortführung des EGF außerhalb des Haushaltsansatzes würde das langwierige, Verfahren fortschreiben, unter dem die Effektivität des EGF bereits jetzt leidet (jede Auszahlung muss von KOM, Rat und EP verabschiedet werden).</p>
<p>Vorläufige Einschätzung zur Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips (bei Bedenken: kurze Begründung)</p>	<p>Nach derzeitiger vorläufiger Einschätzung liegen keinerlei Erkenntnisse bezüglich einer etwaigen Subsidiaritätsproblematik auf Landesebene vor.</p> <p>Die Bundesratsausschüsse haben diese Vorlage (gemeinsam mit weiteren EU-Vorlagen) zunächst auf ihre Dezember-Sitzungen vertagt. Die LAG Europa der ASMK erarbeitet derzeit eine gemeinsame Stellungnahme, die auf der ASMK am 23. und 24. November beschlossen werden soll. Danach wird diese ggf. in das Bundesratsverfahren eingespeist.</p>
<p>Bes. schleswig-holsteinisches Interesse?</p>	
<p>Zeitplan für die Behandlung</p> <p>a) Bundesrat</p> <p>b) Rat</p> <p>c) ggf. Fachministerkonferenzen, etc.</p>	